



Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Pflegende Angehörige entlasten II – Mehr Information durch Digitalisierung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Chancen der sogenannten Telepflege besser zu nutzen. Online-Beratungen zu Fragen rund um die Pflege sowie ein Notruftelefon mit Video-Option für pflegende Angehörige sind durch die Staatsregierung speziell zu fördern. Um den Betroffenen die Möglichkeit zu geben, sich online umfassend über Ansprüche, Anbieter und Angebote zur Pflege zu informieren, soll eine Pflegedatenbank, ähnlich der in Sachsen, vom Landesamt für Pflege aufgebaut werden und von einer zu gründenden Koordinierungsstelle Pflegeberatung betreut werden.

Begründung:

Um die beste Lösung für die eigene Pflegebedürftigkeit finden zu können, ist eine unabhängige und professionelle Beratung unabdingbar. 2009 hatte die Staatsregierung sich als Ziel gesetzt, insgesamt 60 Pflegestützpunkte in Bayern zu realisieren. Zehn Jahre später können wir gerade einmal neun Pflegestützpunkte im Freistaat vorweisen (vgl. Drs. 17/18839). Zwar haben sich mittlerweile über 100 sogenannte „Fachstellen für pflegende Angehörige“ gegründet. Diese decken den Bedarf an Information und Beratung zu Thema Pflege in Bayern nicht vollständig ab. So kommt eine vom Staatsministerium für Gesundheit und Pflege in Auftrag gegebene Standortanalyse zum Ergebnis, dass das Beratungsangebot in Bayern sehr heterogen ist. Hierbei wird „der größte Entwicklungsbedarf für die Zukunft [...] bei präventiv/zugehenden Angeboten [...], bei der spezialisierten Fachberatung Demenz und beim Case Management“ (KDA/Prognos 2018, S. 80) gesehen. Um die Pflegeberatung und -information möglichst flächendeckend anbieten zu können, wäre der erste Schritt die Einführung einer Online-Beratung und einer Pflegedatenbank.